

Rhein-Berg 100

Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke



Eine Auswahl meiner nächsten Termine

07.05.2018
Bürgersprechstunde, Rösrath

09.05.2018
101. Deutscher Katholikentag, Münster

14.05 – 18.05.2018
Haushaltswoche im Deutschen Bundestag

18.06.2018
Bürgersprechstunde, Odenthal

Kontakt

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon
(030) 227 - 7 95 47

Fax
(030) 227 - 7 05 48

E-Mail
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Homepage
www.hermann-josef-tebroke.de

Wahlkreisbüro
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon
(02202) 9 36 95-30

Fax
(02202) 9 36 95-22

E-Mail
hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de

Sie haben mich als Ihren Vertreter in den Bundestag gewählt und als solcher ist mir der Austausch mit Ihnen wichtig. Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, freue ich mich, wenn Sie mit mir in Kontakt treten.



Liebe Leserinnen und Leser,

mit Freuden darf ich Ihnen nachstehend meinen aktuellen Newsletter präsentieren. Seit der letzten Ausgabe hat sich Vieles ereignet. Nach der Wahl der Bundeskanzlerin und der Vereidigung der Ministerinnen und Minister konnten wir endlich vertieft in die parlamentarische Sacharbeit einsteigen. Zusätzlich zu meiner ordentlichen Mitgliedschaft im Finanzausschuss und meiner stellvertretenden Mitgliedschaft im Ausschuss für Familie, Jugend, Frauen und Senioren bin ich nunmehr auch stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss geworden. Das freut mich besonders, da die Verkehrspolitik für mich wesentlich ist für die Gestaltung unserer Zukunft – auch und insbesondere im ländlichen Raum. In diesem Newsletter finden Sie zudem Auszüge meiner zweiten Rede im Plenum des Deutschen Bundestages anlässlich der aktuellen Stunde

zum Thema CO2-Abgabe. In meiner Rede habe ich klargestellt, dass uns als CDU/CSU-Fraktion der Klimaschutz sehr wichtig ist, wir uns aber auch an das Versprechen halten werden, die Bürgerinnen und Bürger nicht durch die Hintertür mit weiteren Abgaben zu belasten. Des Weiteren finden Sie nachstehend den Bericht des Fraktionsvorsitzenden sowie den Bericht von Benedikt Franzen über sein Praktikum in meinem Büro. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Herzliche Grüße
Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

Aktuelle Stellungnahme

Die zunehmende Anzahl von Übergriffen gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern hat mich tief getroffen. Es ist wirklich unhaltbar, dass die jüdischen Verbände in diesen Tagen davon abraten müssen, mit einer Kippa in die Öffentlichkeit zu gehen.

Ich bin der Bundeskanzlerin dankbar, dass sie sichtbar und eindeutig Position bezogen und klargestellt hat, dass jede antisemitische Haltung in der Bundesrepublik nichts verloren hat. Gerade in Anbetracht unserer Geschichte und der daraus resultierenden besonderen Verantwortung muss es uns ein Anliegen sein, die in Art. 4 des Grundgesetzes normierte Religionsfreiheit jedem Einzelnen zu ermöglichen. Das heißt im Umkehrschluss auch, dass diejenigen Kräfte in der Gesellschaft, die ein jüdisches Leben nicht gutheißen oder gar aktiv bekämpfen, klar in ihre Schranken verwiesen werden müssen. Bundesinnenminister Seehofer hat dankenswerterweise nochmals betont, dass auch das Innenministerium diese Tendenzen klar in den Blick nimmt. Jeder einzelne von uns kann seinen Teil dazu beitragen, dieser unsäglichen gesellschaftlichen Entwicklung Einhalt zu gebie-

ten. Ich bin froh zu sehen, dass die große Mehrheit unserer Gesellschaft mit unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern respektvoll und freundschaftlich umgeht und deren Religionsfreiheit wahr.

Am vergangenen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag dem 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel gedacht. Am 14. Mai 1948 rief David Ben Gurion im Stadtmuseum Tel Avivs den Staat Israel aus. Der Bundestag hat anlässlich des Jahrestages mit großer Mehrheit einen Antrag verabschiedet, in welchem die Bundesregierung beauftragt wird, die herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Israel weiter zu erhalten und zu vertiefen. Die Bundesregierung soll das wieder entstandene jüdische Leben in Deutschland schützen und fördern, Antisemitismus mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats entgegenreten. Auch ich erhoffe mir dadurch ein starkes Signal, sowohl gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie den Bürgerinnen und Bürgern des Staates Israel.



Bericht des Fraktionsvorsitzenden



Volker Kauder schreibt:

Für Religionsfreiheit, gegen Antisemitismus.

Wir haben im Koalitionsvertrag ein klares Signal gesetzt: Religionsfreiheit, das Recht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, steht im Mittelpunkt unseres Verständnisses der Menschenrechte. Es schützt die Lebenspraxis und damit die Würde jedes Menschen in besonderer Weise – und steht doch an vielen Orten weltweit unter Druck. Der Religionsfreiheitsbericht, den das Auswärtige Amt 2016 erstmals vorgelegt hat und nun, wie von uns gefordert, alle zwei Jahre veröffentlicht wird, weist dies amtlich nach.



Viele Mitglieder unserer Fraktion setzen sich schon seit Jahren für das Recht auf Religionsfreiheit ein etwa im Stephanuskreis, der sich in dieser Woche unter seinem Vorsitzenden Prof. Heribert Hirte neu konstituiert. Besonders erfreulich ist, dass mit unserem Kollegen Markus Gröbel nun der erste Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit sich intensiv



um dieses Thema kümmern kann. Angesichts von Diskriminierung und schrecklicher Gewalt, die gegen Angehörige von religiösen Minderheiten weltweit verübt werden, ist dies ein gutes Zeichen.

Keine staatlichen Gelder für die NPD.

Wer wesentliche Werte unserer Verfassung ablehnt, soll keine staatlichen Gelder erhalten. Die NPD missachtet die freiheitliche demokratische Grundordnung und verfolgt verfassungsfeindliche Ziele. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 17. Januar 2017 festgestellt. Deshalb wird der Deutsche Bundestag in dieser Woche beschließen, einen eigenen Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung zu stellen. Bei einem erfolgreichen Antrag entfielen zugleich die steuerliche Begünstigung der Partei. Damit setzen wir gemeinsam mit Bundesrat und Bundesregierung ein klares Zeichen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist.

Praktikumsbericht



Benedikt Franzen* schreibt:

In den vergangenen acht Wochen habe ich als Praktikant einen umfangreichen Einblick in die vielfältige Arbeit des Deutschen Bundestages bekommen können. Dabei im Besonderen konnte ich Einblicke in die Tätigkeit des Abgeordneten Herrn Dr. Hermann-Josef Tebroke sowie seines Bundestagsbüros gewinnen. Kurz und knapp gesagt: Er arbeitet, lange und viel. Er sucht aktiv den Austausch und die Rückkopplung der Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis. Er hat zahlreiche Termine und Veranstaltungen mit Abgeordneten der eigenen und anderer Fraktionen sowie mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis, um schlussendlich umsetzbare Verbesserungsmöglichkeiten für bestehenden Handlungsbedarf anstoßen zu können. Würde er die Zeit lediglich im Plenum verbringen, wäre das sicherlich spannend, es bliebe aber letztlich keine Zeit für eine inhaltliche Arbeit. Es sitzen also gewissermaßen immer die Spezialisten zu einem Fachthema im Plenum, während die Kolleginnen und Kollegen wieder die ihnen zugewiesenen Themen bearbeiten und Lösungen vorantreiben.

Ich bin sehr dankbar dafür, acht Wochen lang Erfahrungen bei der Arbeit des Bundestagsbüros sowie den vielfältigen Ereignissen gesammelt haben zu dürfen. Dazu gehörten unter anderem die Unterzeichnung des Koalitionsvertrages, die Arbeitsgruppen Finanzen sowie Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Ausschüsse, das Plenum aber auch die vielfältigen weiteren Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der Gebäude des Deutschen Bundestages.

Es hat mich sehr gefreut, auch inhaltlich unterstützend mitarbeiten zu können, sodass sich auch mein Studium der Politikwissenschaft als nützlich erwiesen hat. Ich kann jedem, der an einem eigenen Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages sowie der Arbeit der Abgeordneten und ihrer Büros interessiert ist, egal mit welchem Kenntnisstand, nur zu einem persönlichen Besuch oder einer Praktikumsbewerbung ermutigen. Die Erfahrungen, die ich hier gesammelt habe, das ist sicher, werden bleibend sein.

*Herr Franzen hat sein achtwöchiges Praktikum bei mir im Zeitraum vom 26. Februar bis 20. April 2018 absolviert. Wenn Sie sich auch für ein Praktikum in meinem Berliner Abgeordnetenbüro interessieren, schicken Sie gerne Ihre Bewerbung an: hermann-josef.tebroke@bundestag.de.

Zitat des Monats:

„E-Mail ist ein Produkt, das sich einfach nicht verkaufen lässt.“

– Ian Sharp, 1979

Laut statista.com wurden im Jahr 2017 in Deutschland rund 771 Milliarden E-Mails versendet. Für das Jahr 2018 wird prognostiziert, dass sich die Zahl der versendeten E-Mails auf rund 917 Milliarden belaufen wird.

Auszüge aus meiner zweiten Rede im Bundestag

Aktuelle Stunde: „Klimaschutz umsetzen – Haltung der Bundesregierung zu einer CO2-Abgabe“, Mittwoch, den 25.04.2018

Die CDU/CSU-Fraktion steht für eine verantwortungsvolle, verlässliche, nachhaltige Politik und zwar ökonomisch, ökologisch und sozial. Das heißt, es geht uns um kluge, wohlüberlegte Entscheidungen und nicht um Schnellschüsse und Effekthascherei, zumal wenn es um ein Thema wie den Klimaschutz geht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Initiative zu dieser Aktuelle Stunde ergriffen, und das unter dem Thema „Klimaschutz umsetzen - Haltung der Bundesregierung zu einer CO2-Abgabe“. Damit fragt sie natürlich auch die die Regierung tragenden Fraktionen, also auch die CDU/CSU-Fraktion: Wie hältst du es mit dem Klimaschutz, und wie hältst du es mit der CO2-Abgabe? Ich glaube, ich darf das verkürzen: Wir sagen Ja zum Klimaschutz und den notwendigen Maßnahmen, und das uneingeschränkt, und Nein zu einer CO2-Abgabe.

Ich möchte an dieser Stelle mit Erlaubnis der Präsidentin den Koalitionsvertrag zitieren, der sehr deutlich sagt: „Wir setzen das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und den Klimaschutzplan 2050 mit den für alle Sektoren vereinbarten Maßnahmenpaketen und Zielen vollständig um.“

Damit ist eindeutig das Ziel verbunden, die klimaschädlichen Emissionen zu verringern. Es geht um die Mengenreduktion, nicht um die Definition, wie wir irgendeinen CO2-Preis erreichen, und es geht auch nicht um irgendwelche Umverteilungseffekte, die im Schlepptau möglicherweise intendiert werden könnten.

Wir geben zu - und das offen -, dass das Ziel 2020 nicht erreicht worden ist. Aber ich darf auch hier wieder den Koalitionsvertrag zitieren, wo wir sehr deutlich sagen, dass Maßnahmen ergriffen werden, „um die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaziels 2020 so schnell wie möglich zu schließen. Das Minderungsziel 2030 wollen wir auf jeden Fall erreichen.“

Ich glaube, liebe Kollegin von Bündnis 90/Die Grünen, damit ist deutlich gesagt, dass wir den Klimaschutz sehr wohl ernst nehmen, obwohl Sie uns etwas anderes unterstellen.

Dazu sind wir auch bereit, sehr sorgfältig zu analysieren, wie sich die Emissionen in den letzten Jahren verändert haben - vielleicht nicht so verändert haben, wie wir uns das gewünscht haben - und wie sie sich verändern werden in Abhängigkeit von Instrumenten, die wir hierzu noch einführen werden. Wir werden dabei - das hat auch meine Vorrednerin Frau Dr. Weisgerber noch einmal deutlich gemacht - nicht nur die Sektoren Energieerzeugung und Industrie beobachten, sondern auch den Verkehr und das Wohnen. Und wir werden die bereits laufenden und eingesetzten Instrumente überprüfen. Die Reform des Zertifikatehandels ist angestoßen, und sie wirkt auch schon.

Aber ich erinnere zum Beispiel auch an die CO2-Komponente in der Kfz-Steuer oder an die CO2-Flottengrenzwerte für Autos. Auch hier ist eine sorgfältige Analyse dringend geboten. Hier

stimme ich meiner Vorrednerin zu, dass wir ergebnis- und technologieoffen sehr aufrichtig und ehrlich in die Debatte einsteigen müssen.

Ich möchte aber an dieser Stelle sehr deutlich machen, dass es um Lenkungsmaßnahmen - besser sollte ich sagen: um Anreize - zur Reduzierung von Emissionen geht. Es geht nicht darum - hier spreche ich auch als Vertreter des Finanzausschusses -, irgendwelche Geldquellen zu erschließen. Wir wehren uns gegen den Eindruck, der im Zusammenhang mit dem Klimaschutz bei den Bürgerinnen und Bürgern entstehen könnte, dass der Staat die Gelegenheit nutze, hier noch einmal zur Kasse zu bitten. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Das können wir nicht, wenn wir mit Abgaben, also zum Beispiel auch mit einer CO2-Abgabe, drohen.

Meine Damen und Herren, der Klimaschutz ist uns erstens viel zu wichtig, als dass wir uns unterstellen lassen, wir nähmen ihn nicht ernst. Er ist uns zweitens viel zu wichtig, um mal eben durch Schnellschüsse und Effekthascherei irgendwelche Instrumente zu beschließen. Vielmehr halten wir es für extrem wichtig, in einer ehrlichen und offenen Debatte und auf der Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen die Wirkweise von Instrumenten, bevorzugt marktlichen Instrumenten, im Kontext zu beobachten und zu bewerten, um daraus die richtigen Schlüsse für den Klimaschutz zu ziehen, der uns sehr wichtig ist.